

# LANDESHAUPTSTADT DRESDEN

## BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Stadtrat (SR/018/2015)

Sitzung am: 19.11.2015

Beschluss zu: V0450/15

### Gegenstand:

Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus (LHP Toleranz) über 2015 hinaus

### Beschluss:

1. Die Berichterstattung über die Umsetzung des LHP Toleranz seit dem 1. Januar 2010 und die bisherige Fortschreibung (Anlage 1 zur Vorlagen) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Zeit- und Maßnahmeplan (Anlage 2 zur Vorlage) wird bestätigt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das LHP Toleranz auf Basis einer Zweiten Zukunftskonferenz grundhaft zu erneuern, fortzuschreiben und für die Jahre 2016 und später zukunftsfest auszurichten. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat zur weiteren Beschlussfassung bis spätestens zum 30. Juni 2016 vorzulegen.
4. Der Stadtrat übernimmt die von der Verwaltung vorgeschlagenen nachfolgenden Korrekturen in der Anlage 1 zur Vorlage (Berichterstattung über die Umsetzung des LHP Toleranz seit dem 1. Januar 2010):

1. Der letzte Absatz auf Seite 4 ganz unten wird ersetzt durch folgenden Absatz:

„Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu thematisieren und entschieden zu begegnen, gehört ebenso zu den Anliegen des LHP Toleranz wie die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Dresden am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und zu befördern. Für das gesellschaftliche Klima ist es entscheidend, dass sich eine weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft von Beginn an klar von diskriminierenden Verhaltensweisen und von gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit distanziert, selbst wenn dieses Verhalten noch nicht strafrechtlich relevant ist.“

2. Auf Seite 5 wird nach dem Satz „Das LHP Toleranz kann im Bereich der Prävention wirken, um Menschen aufzuzeigen, wohin gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit führt.“ folgender Absatz eingefügt:

„Die politisch motivierte Kriminalität links ist sachsenweit insgesamt auf 821 Delikte angestiegen. Jedoch ist es zu einem Rückgang von Gewaltdelikten gekommen. Insbesondere wurden landesweit weniger Angriffe auf den politischen Gegner verübt (von 104 Straftaten 2013 auf 79 im Jahr 2014, Quelle Verfassungsschutzbericht Sachsen Ziff. 5.2). Im Jahr 2014 wurde der Großteil der linksextremistisch motivierten Straftaten (einschließlich Gewalttaten) in Sachsen in den kreisfreien Städten Dresden und Leipzig verübt. Im Vergleich zum übrigen Freistaat, ist der Anteil dieser Kriminalität in den beiden Städten aber gesunken, da in 2014 insgesamt 55 Prozent aller als „linksextremistisch“ einzuordnenden Straftaten in Leipzig und Dresden verübt worden (statt 64 Prozent im Jahr 2013).

5. Der Stadtrat entschließt sich zu folgender ergänzenden Erklärung zur Vorlage (Anlage 3 der Vorlage):

„Der Stadtrat stellt fest, dass Integration ein gemeinsamer und verantwortungsbewusst zu führender Prozess aller hier lebenden und zugewanderten Menschen ist. Dafür müssen alle Menschen die Werteordnung und das Menschenbild des Grundgesetzes anerkennen und wahren. Grundlage unseres Zusammenlebens sind Menschenwürde, Freiheit und die gleichberechtigte Teilhabe aller in einer offenen, demokratischen und freien Gesellschaft.“

Dresden,

25. NOV. 2015

  
Dirk Hilbert  
Vorsitzender